

Kein Testzentrum an der Schule

FRIEDRICHSDORF PRS und Kreis mit unterschiedlichen Vorstellungen – Eltern unzufrieden mit Situation

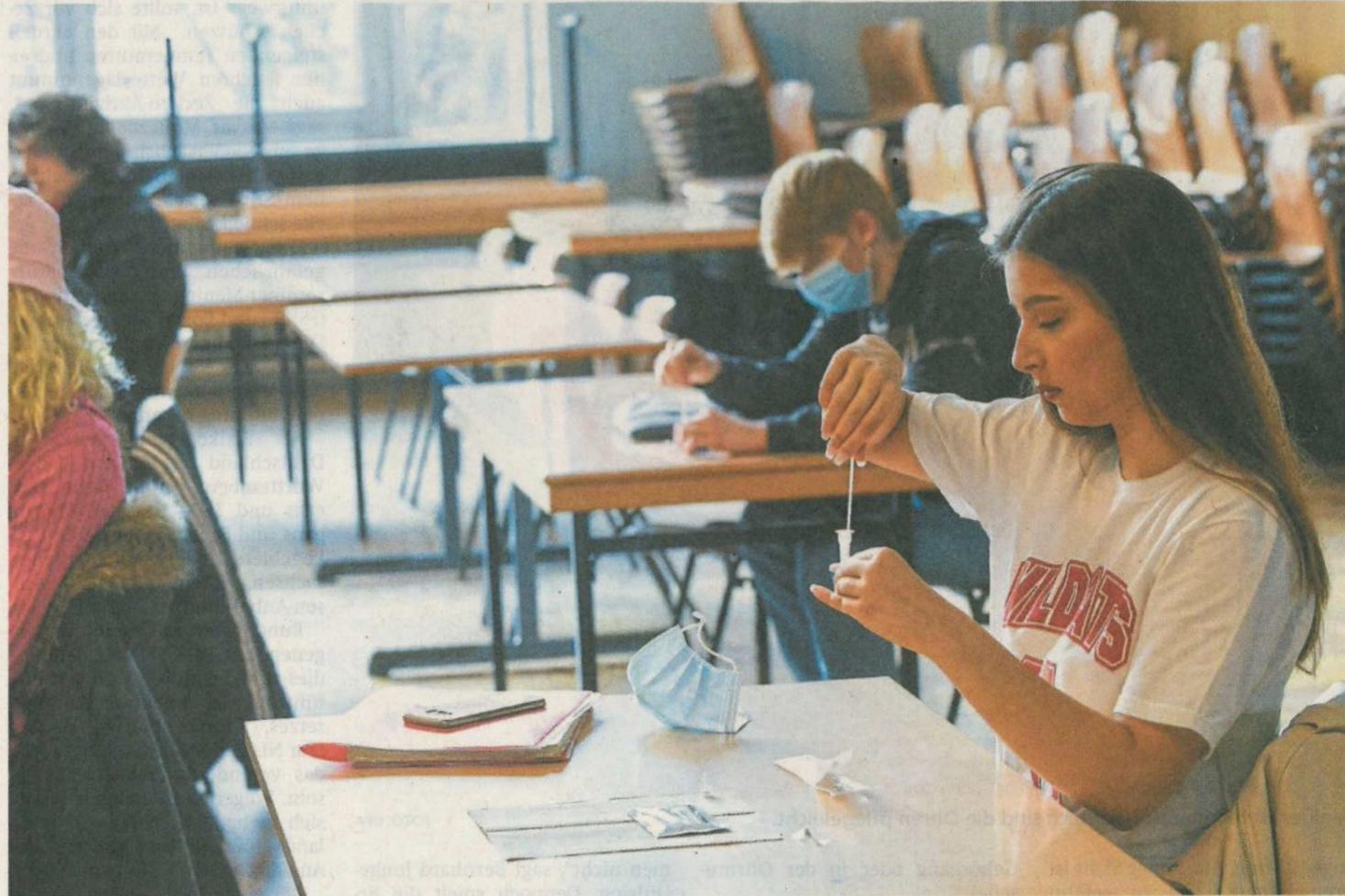
Ordnungsgemäß gab Ellen Kaps, Schulleiterin der Philipp-Reis-Schule, die Information an die Eltern in einem Rundschreiben weiter: Auf die Unterstützung eines externen Testzentrums müsse verzichtet werden, „da der Schulträger den Antrag (...) nicht genehmigt und auch keinen weiteren Einsatz des Teams wünscht.“ Die Schüler sollen sich an der Schule selbst testen, so die Vorgabe und die Entscheidung des Landes Hessen. „Ich sehe durchaus den Bedarf eines Testzentrums“, sagt die Schulleiterin, allein schon, um Unterrichtszeit zu erhalten.

Die Pressesprecherin des Hochtaunuskreises, Andrea Nagell, erläutert auf Anfragen der Taunus Zeitung: „Der Kreis als Schulträger duldet es nicht, dass Schulen als Werberaum genutzt werden“, Parteien dürften auf dem Schulgelände keinen Wahlkampf betreiben und Firmen nicht für ihre Produkte werben. Eine Firma, die an den Schulen professionell Schnelltests durchführt, falle da ebenfalls drunter:

Welche Firma lässt man an die Schule?

„Das sind Firmen, die an die Schulen gehen und Geld mit den Tests verdienen“, Nagell befürchte Aufweichungen der Grenzen, wenn bei einem Testzentrum eine Ausnahme gemacht werde: Welche Firma lässt man an die Schule und welche nicht? Was sei mit Firmen zum Beispiel, die Stühle anbieten, Computer oder Bio-Essen?

Anders wäre das vielleicht beim Deutschen Roten Kreuz (DRK), vermutet Nagell, wenn ehrenamtliche Helfer Tests durch-



Schüler beim Corona-Eigentest an der Frankfurter Helmholtzschule. So ähnlich dürfte das auch an der PRS aussehen.

FOTO: RENATE HOYER

fürten: „Aber das schaffen die Ehrenamtlichen zeitlich überhaupt nicht“, es gebe 59 Schulen im Hochtaunuskreis. Außerdem verwies die Kreissprecherin auf eine gemeinsame Untersuchung des Landes Hessen und des DRK, die ergeben habe, dass an hessischen Schulen keine Testzentren gewünscht seien.

Die Schulleiterin der PRS sieht das anders: „Ich dachte, wir bewältigen eine Pandemie gemeinsam“, und alles was helfe „das Unterrichtsangebot so stabil wie möglich zu halten“, wählte sie im Vordergrund: „Wir versuchen alles dran zu setzen, dass Schüler in einem guten Umfeld Unterricht in maximaler Menge be-

kommen“. Den Werbeaspekt für die Testzentren habe sie nicht gesehen, lediglich eine Unterstützung in der Verfolgung des genannten Ziels.

Für die PRS-Schüler heißt seit Beginn vergangener Woche, sie müssen sich selbst in ihren Lerngruppen beziehungsweise Klassen testen – oder aber sie bringen einen negativen Test mit, den sie zuvor in einem Testzentrum durchgeführt haben.

Wie mit positivem Test umgehen?

Die Schulleiterin weiß, dass das Land Hessen diese Entscheidung getroffen habe, Schüler sich selbst testen zu lassen, trotzdem sehe sie „vielfältige Herausforderungen“, der organisatorische Aufwand ist das Eine, aber: „Wie geht man mit einem positiven Testergebnis um, wie sieht die Belastung der Lehrer aus?“, der ge-

samte Unterrichtsbetrieb leide darunter. Was passiert, wenn der Selbsttest eines Schülers ein positives Ergebnis zeigt?

„Diese Schüler erhalten zunächst ein Betretungsverbot“, danach folge ein PCR-Test, der den Verdacht entweder bestätigt oder revidiert. Wird der positive Fall bestätigt, „entscheidet das Gesundheitsamt über Quarantäne-Maßnahmen“, so Kaps.

Begrüßt hätte die Schulleiterin ein Testzentrum unter anderem, weil nicht alle Schüler zur gleichen Zeit Unterrichtsbeginn haben: „Was ist mit Oberstufenschülern, die einen individuelleren Stundenplan haben?“ Zunächst konnte man einzelne Lösungen finden, da nicht alle Jahrgänge an der Schule waren. Doch von heute an ist genau das der Fall sein: „Das sind Dimensionen, wenn sich knapp 1800 Schüler testen; der Müllberg, der entsteht, ist riesengroß.“ **OLIVERA GLIGORIC-FÜRER**

„Gesundes Aufwachsen wird erschwert“

Vielen Eltern reicht es. So groß die Erleichterung bei Schülern und Eltern war, dass ihre Kinder in den Präsenzunterricht, wenn auch zunächst wechselweise, zurückkehren durften, so groß ist der Ärger über den Umgang mit positiven Testergebnissen – zumindest bei der Unterstufe.

„Wird ein Kind positiv getestet, muss die ganze Lerngruppe für 14 Tage in Quarantäne“, beschreibt eine Mutter das übliche Vorgehen für die jüngeren Jahrgänge. Das sei unverhältnismäßig, finden weitere Eltern, die namentlich nicht erwähnt werden wollen. Sie vermissen eine genaue Prüfung der Situation, so wie das beispielsweise in Unternehmen üblich sei, erläutert ein Vater: Wie lange und in welchem Abstand befand sich die infizierte Person mit anderen Personen in einem geschlossenen Raum, wie war die Lüftungssituation, und wurde ein Mund-Nasen-Schutz getragen.

Doch all diese Überprüfungen scheinen bei Kindern der fünften und sechsten Klassen nicht zu greifen, hier scheint grundsätzlich jedes Kind als Erstkontakt angesehen zu werden. Der Vater fährt fort: „Firmen stellen jedem Mitarbeiter zwei Selbsttests pro Woche zur freiwilligen Nutzung zur Verfügung“, freiwillig sei für ihn das Schlüsselwort: „Kinder kann man dazu verpflichten und schnell in Quarantäne abschieben.“ Dabei seien Kinder nicht die Treiber dieser Pandemie, zitiert er wissenschaftliche Studien, die das seit Beginn der Pandemie immer wieder belegten.

„Das gesunde Aufwachsen der Kinder wird erschwert“, heben die Eltern hervor. Was sei mit Kindern, die in einem schwierigerem häuslichem Umfeld aufwachsen, Gewalt mit ansehen oder selbst erfahren, deren Eltern sich nicht um sie kümmern? Es gebe Statistiken, die belegten, dass in der Pandemie Fälle von häuslicher Gewalt vermehrt auftreten. Und es gebe Statistiken, die wiedergeben, wie hoch die psychische Belastung von Kindern sei.

„Adipositas ist das geringste Problem“, zitierte eine Mutter den Kinderarzt ihrer Tochter, Zwangsstörungen, Ängste, Depressionen seien die weitaus schwerwiegenderen Folgen dieser Pandemie, die zulasten der Gesundheit der Kinder gehe, fuhr sie fort.

„Die Unfähigkeit der Politik, in den Bereich der Wirtschaft hineinzuregieren, wird auf dem Rücken der Kinder ausgetragen“, hielt ein Vater fest. Jeder Reiserückkehrer – mit Ausnahme aus Variantengebieten – dürfe sich nach fünf Tagen frei testen. „Wir sind keine Corona-Leugner“, betonen die Eltern immer wieder. Sie möchten den Kindern eine Stimme geben: „Als Gesellschaft haben wir über das Kindeswohl zu wachen“, aber was ist mit diesem Vorsatz passiert? Das Schulerzucken und stillschweigende Hinnehmen aller von der Bundes- oder Landesregierung eingeführten Maßnahmen zur Eindämmung des Pandemie-Geschehens in Bezug auf Kinder können sie nicht mehr weitertragen: „Wir müssen die Corona-Brille absetzen und einen gesunden Blick für die Realität zurückerobern“, die Priorisierung überdenken, lautet die Forderung eines Vaters: „Bevor Cafés, Restaurants, Geschäfte öffnen, brauchen wir Normalität für Kinder und Jugendliche.“ Oder in den Worten einer Mutter formuliert: „Kids' Lives Matter.“

Auch das Robert-Koch-Institut (RKI) hat eine Studie zu Auswirkungen der Pandemie auf das Kindeswohl erstellt. Als Fazit halten die Autoren fest: „Bei möglichen künftigen Pandemien oder weiteren Wellen der Covid-19-Pandemie sollten die Bedürfnisse von Heranwachsenden und deren Familien während der Eindämmungsmaßnahmen stärker berücksichtigt werden.“ Aber hört man den besorgten Eltern genau zu, so sollte diese Refokussierung besser sofort gesehen. Denn, so fragen sich viele Eltern, wie soll sich diese Generation gesund entwickeln können, um die Folgekosten dieser Pandemie zu tragen? **ogf**

Alle Jahrgangsstufen im Präsenzunterricht

Es dürfte ein ungewohntes Gefühl für Schüler und Lehrer gewesen sein. Seit gestern gibt es im Taunus wieder Präsenzunterricht für alle Klassen. Möglich macht es die sogenannte zweite Stufe, die in Landkreisen und kreisfreien Städten greift, in denen die Corona-Inzidenzzahlen nach Stufe 1 an weiteren aufeinanderfolgenden 14 Kalendertagen

unter 100 liegt oder die Inzidenz den Schwellenwert von 50 an fünf aufeinanderfolgenden Kalendertagen unterschreitet. Letzteres ist im Hochtaunuskreis seit Pfingstsonntag der Fall. Er ist damit der zweite Landkreis in Hessen, der dieses Kriterium erfüllt und damit besonders wenige Infektionen mit dem Coronavirus zählt. Für die Schulen im Taunus be-

deutet das, dass nun auch die Klassen ab Jahrgangsstufe sieben in den täglichen Präsenzunterricht (eingeschränkter Regelbetrieb) zurückgekehrt sind. Das heißt somit: Alle Jahrgangsstufen von eins bis 13 befinden sich wieder im Präsenzunterricht. Allerdings ist nach wie vor zweimal pro Woche ein Corona-Test für alle Schüler verpflichtend. **ks**